



**EUROPÄISCHER RAT
DER PRÄSIDENT**



Brüssel, den 24. Mai 2012
EUCO 93/12
PRESSE 215
PR PCE 78

**Ausführungen des
Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy,
im Anschluss an das informelle Abendessen der Mitglieder
des Europäischen Rates**

Ich hatte dieses Treffen einberufen, damit wir im Kollegenkreis darüber beraten konnten, wie sich das Wachstum in Europa ankurbeln lässt. Heute Abend ging es darum, den Druck zu erhöhen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und die Atmosphäre zu bereinigen.

Die Diskussion über Wachstum ist nicht neu. Wir verfügen bereits über eine gemeinsame Wachstumsstrategie, die uns ein ständiges Anliegen ist. Unsere anhaltenden Bemühungen, Wachstum zu erzeugen, sind jedoch gegenüber unseren grundlegenden Anstrengungen, im Euro Währungsgebiet die Finanzstabilität zu gewährleisten, in den Hintergrund getreten. Sie sind dennoch nicht weniger wichtig.

Und hier sollten keine Missverständnisse aufkommen: eine Debatte, in der "Defizitabbau" und "Wachstum" als miteinander unvereinbar betrachtet werden, ist eindeutig irreführend. Sie sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Ohne solide öffentliche Finanzen ist kein nachhaltiges Wachstum möglich; und ohne nachhaltiges Wachstum werden die Maßnahmen, mit denen der Schuldenstand unter Kontrolle gebracht werden soll, verpuffen.

Wir haben unsere Beratungen heute Abend zielgenau und offen geführt. Ich habe allen Kollegen aufmerksam zugehört, und wir haben die Weichen für die Entscheidungen gestellt, die wir im Juni, von heute ab in fünf Wochen, gemeinsam treffen werden.

Zunächst einmal haben wir die drei wesentlichen Säulen einer Wachstumsstrategie, die nach wie vor auf der Strategie Europa 2020 beruht, erörtert. Die Strategie Europa 2020 ist die Grundlage unserer Wachstumsinitiativen. Auf kurze Sicht wird unsere Arbeit auf den nachfolgend beschriebenen drei Säulen beruhen:

Erstens müssen wir dafür sorgen, dass die Maßnahmen der EU uneingeschränkt auf die Förderung des Wachstums ausgerichtet sind; zweitens müssen wir uns noch stärker bemühen, die Finanzierung der Wirtschaft durch Investitionen zu erreichen, und drittens müssen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern.

P R E S S E

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9768 - +32 (0)497 59 99 19
Jesús Carmona - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9548 / 5150 - +32 (0)475 65 32 15
press.president@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/>

EUCO 93/12

1
DE

Zum ersten Punkt: wir müssen dafür sorgen, dass die Maßnahmen der EU uneingeschränkt auf die Förderung des Wachstums ausgerichtet sind. Deshalb haben wir das Europäische Parlament und den Rat ersucht, bei wichtigen Gesetzgebungsvorschlägen, wie beispielsweise der Binnenmarktakte und der Energieeffizienzrichtlinie, rasch Fortschritte zu erzielen.

Wir sollten die verbleibende Frage zum EU-Patent vor dem Ende des dänischen Vorsitzes klären. Einige Kollegen haben außerdem um die vollständige und konsequente Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie, nachgesucht und sich dafür ausgesprochen, starke Impulse für die Verwirklichung der Digitalen Agenda zu geben. Die Kommission und der Rat müssen ihre Beratungen darüber fortführen, wie der internationale Handel noch besser als Motor für Wachstum genutzt werden kann. Derzeit werden Verhandlungen über mehrere wichtige Handelsübereinkommen geführt, die eine positive Wirkung für die europäische Wirtschaft entfalten könnten.

Zweitens müssen wir uns noch stärker bemühen, die Finanzierung der Wirtschaft durch Investitionen und einen besseren Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten zu erreichen. Die Reformen müssen mit Investitionen einhergehen, und dabei können EU-Mittel eine wichtige Rolle spielen. In diesem Zusammenhang wird der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank gebeten, eine Aufstockung des EIB-Eigenkapitals bis Juni in Erwägung zu ziehen, um EU-weit Projekte zu finanzieren.

Wir begrüßen außerdem die politische Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament zu der Projektanleihen-Initiative der EU und der EIB, so dass in einem ersten Schritt in diesem Sommer die Pilotphase eingeleitet werden kann. Die Kommission wird im Juni über die Umwidmung der bestehenden Strukturfonds zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und beruflicher Bildung berichten. Einige Kollegen haben zudem darauf hingewiesen, dass die Arbeiten und Beratungen im Rat über die Finanztransaktionssteuer fortgesetzt und das Problem des Zahlungsverzugs geprüft werden müssen. Wir werden im Juni darüber beraten, wie der nächste mehrjährige Finanzrahmen umfassend auf Strategien zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden kann.

Drittens müssen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Die EU und ihre Mitgliedstaaten investieren deshalb auch in Kompetenzen und in die allgemeine und berufliche Bildung. Um eine beschäftigungsintensive Erholung der Wirtschaft zu fördern, müssen wir konkrete Reformen durchführen und Maßnahmen zur Unterstützung der Nachfrage nach Arbeitskräften und der Schaffung von Arbeitsplätzen in den wichtigsten Wirtschaftssektoren ergreifen.

Nationalen Beschäftigungsplänen sollte bei den Maßnahmen zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, und sie sollten umfassend eingesetzt werden, um insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mehr Synergien zwischen nationalen und europäischen Instrumenten, einschließlich der Strukturfonds, zu bewirken. Dies könnte durch Jugendgarantien und Qualitätspraktika geschehen. Einige Kollegen haben festgestellt, dass die Mobilität der Arbeitnehmer besser unterstützt und die Übertragbarkeit von Renten- und Pensionsansprüchen und sonstigen Ansprüchen erleichtert werden sollten.

Abschließend haben wir die jüngsten Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet eingehend erörtert und bekräftigt, dass wir entschlossen sind, die Finanzstabilität und die Integrität des Euro-Währungsgebiets zu wahren. Bei unseren Gesprächen hat sich gezeigt, dass wir die Wirtschafts- und Währungsunion in eine neue Phase führen müssen. Es besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass wir die Wirtschaftsunion stärken müssen, um sie mit der Währungsunion besser in Einklang zu bringen.

Ich werde im Juni – in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Kommission, dem Präsidenten der Eurogruppe und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank – die wesentlichen Bausteine und eine Arbeitsmethode zur Erreichung dieses Ziels vorstellen. Einige Kollegen haben unterschiedliche Ansichten unter anderem zur künftigen Einführung von Eurobonds, zu einer stärker integrierten Bankenaufsicht und Bankensanierung sowie zu einem gemeinsamen Einlagensicherungssystem geäußert.

Am Ende unseres Treffens haben wir einen Gedankenaustausch über die politische und wirtschaftliche Lage in Griechenland geführt.

Im Namen der Staats- und Regierungschefs der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Länder bekräftige ich noch einmal, dass es unser Wunsch ist, dass Griechenland im Euro-Währungsgebiet verbleibt und zugleich die von ihm eingegangenen Verpflichtungen einhält.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass die griechischen Bürger bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen haben. Die Staaten des Euro-Raums haben in hohem Maße Solidarität bewiesen, indem sie seit 2010 - zusammen mit dem IWF - bereits nahezu 150 Milliarden Euro an Unterstützung für Griechenland bereitgestellt haben. Wir werden dafür sorgen, dass europäische Strukturfonds und -instrumente dazu verwandt werden, um Griechenland den Weg zu Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu ebnen.

Eine Fortsetzung der unabdingbaren Reformen mit dem Ziel, die Finanzierbarkeit der Schuldenlast wiederherzustellen, private Investitionen zu fördern und die Institutionen des Landes zu stärken, ist die beste Garantie für eine von größerem Wohlstand geprägte Zukunft im Euro-Währungsgebiet. Wir erwarten, dass sich die neue griechische Regierung nach den Wahlen für diesen Weg entscheiden wird.
